

Zeile

1 **Betr.: Die Zukunft der Europäischen Union**

2 **Antragsteller: Auslandsgruppe Europa**

3 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

4 In der Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und in den Niederlanden  
5 zeigen sich krisenhafte Entwicklungen, die zu einer Gefahr für die europäische Integ-  
6 ration werden können:

- 7 • Trotz grundsätzlicher Zustimmung in der Bevölkerung zu einer starken Rolle der  
8 EU insbesondere in der Außen- und Rechtspolitik wurde eine Gelegenheit ver-  
9 passt, Europa eine hinsichtlich dieser Herausforderungen tragfähige Verfassung  
10 zu geben. Ein Verharren auf dem Stand des Vertrags von Nizza, der die Institutio-  
11 nen schon heute an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit stoßen lässt, ist nicht im  
12 Interesse der Europäer. Umso fataler ist, dass der erste Versuch, ein EU-  
13 Vertragswerk nicht durch Gipfeldiplomatie hinter verschlossenen Türen, sondern  
14 durch einen breit aufgestellten Verfassungskonvent zu erarbeiten, zu scheitern  
15 droht.
- 16 • Die Kritik an einzelnen Regelungen des Verfassungsvertrages mischte sich mit  
17 allgemeinen Ängsten vor den ökonomischen Folgen der Globalisierung, als deren  
18 Replik im Kleinen der europäische Binnenmarkt empfunden wird. Diese „Moderni-  
19 sierungskrise“ erschwert die rationale Auseinandersetzung mit dem Verfassungs-  
20 vertrag. In dessen Ablehnung schlagen sich auch die Sorgen der Menschen vor  
21 einer scheinbar entgrenzten Union nieder.
- 22 • Die ablehnenden Referenden drückten aber auch den Mangel an politischer Füh-  
23 rungsverantwortung vor allem in den großen Mitgliedstaaten aus. Statt die Bevöl-  
24 kerungen insgesamt durch beherzte Reformen an den Vorteilen der globalen Öff-  
25 nung teilnehmen zu lassen, geben nationale Regierungen zunehmend protektion-  
26 istische Antworten. Abnehmender Respekt nationaler Funktionsträger vor den Er-  
27 rungenschaften des gemeinsamen Marktes und der EU insgesamt bereitet den  
28 Boden für eine Abkehr von Europa und erschwert dringend nötige Reformen zu-  
29 sätzlich.

30 Der Ratifizierungsprozess ist weit fortgeschritten. Im April 2006 haben 14 von 25 Mit-  
31 gliedsstaaten, die über 60% der EU-Bevölkerung repräsentieren, den Verfassungs-  
32 vertrag ratifiziert. Neben den Ergebnissen der beiden fehlgeschlagenen Referenden  
33 müssen auch diese Tatsachen bei der Suche nach einem Ausweg berücksichtigt  
34 werden.

35 Die FDP ist überzeugt, dass der vorliegende Verfassungsvertrag einen guten Kom-  
36 promiss darstellt, der die EU als politischen Akteur stärkt und mehr Demokratie,  
37 Transparenz und Effizienz in der Europäischen Union und eine verbesserte Abgren-  
38 zung der Kompetenzen zwischen der europäischen und nationalstaatlichen Ebene  
39 bringt. Es besteht keine Aussicht, dass die vollständige Neuverhandlung eines EU-  
40 Grundvertrags einen insgesamt besseren Kompromiss hervorbringt.

Zeile

1 Die FDP fordert daher:

2 1. Der Verfassungsprozess

3 Eine Regierungskonferenz übernimmt die weitgehend unumstrittenen Teile I (Defini-  
4 tion und Ziele der Union) und II (Charta der Grundrechte der Union) des Verfas-  
5 sungsvertrages und integriert in den Teil I Elemente von Teil III (die Politikbereiche  
6 und die Arbeitsweise der Union), die für dessen Funktionieren unabdingbar sind.  
7 Diesem entschlackten, aber in der Substanz im Wesentlichen unveränderten Text  
8 wird ein Sozialprotokoll beigefügt, das den bestehenden europäischen Schutzstan-  
9 dard in diesem Bereich verständlich zusammenfasst, um damit einen von den fran-  
10 zösischen Sozialisten für ihre Ablehnung vorgebrachten Punkt zu entkräften. Darauf-  
11 hin wird der Ratifizierungsprozess fortgesetzt, so dass der so angepasste Verfas-  
12 sungsvertrag den Parlamenten derjenigen Mitgliedstaaten zur Zustimmung vorgelegt  
13 werden kann, in denen die Ratifizierung noch aussteht.

14 2. Erweiterung der EU

15 Die gegenwärtig geltenden EU-Verträge bieten die institutionelle Grundlage für eine  
16 Gemeinschaft mit maximal 27 Mitgliedsstaaten (einschließlich Bulgarien und Rumä-  
17 nien). Vor dem Beitritt weiterer Mitgliedsstaaten ist eine neue vertragliche Grundlage  
18 der EU daher schon rechtlich unabdingbar. Aber auch politisch ist für mögliche weite-  
19 re Beitritte, die in zehn oder mehr Jahren anstehen, eine inhaltlich noch über den  
20 gegenwärtig in der Abstimmung befindlichen Verfassungsvertrag hinausgehende  
21 grundlegende Reform erforderlich. Nur eine konsolidierte, handlungsfähige Union ist  
22 erweiterungsfähig ohne die erreichte Integration zu gefährden.

23 In diesem Lichte sind zunächst mögliche Verschiebungen bereits vorgesehener Bei-  
24 tritte zu prüfen. Im Oktober 2005 hat die EU zudem Beitrittsverhandlungen mit der  
25 Türkei und Kroatien aufgenommen. Weitere Anträge der Staaten des Westbalkans  
26 sind absehbar. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist offen und ein Scheitern kann  
27 realistischerweise auf beiden Seiten nicht ausgeschlossen werden. Die EU muss an  
28 einem stabilen Verhältnis zu Nachbarstaaten, die sich nicht für eine Vollmitglied-  
29 schaft in der EU qualifiziert haben oder diese nicht anstreben, interessiert sein. Als  
30 Alternative zum Beitritt muss sie diesen Staaten andere Formen der Zusammenar-  
31 beit anbieten können, für deren Attraktivität und Glaubhaftigkeit heute die Grundla-  
32 gen gelegt werden müssen.

33 3. Langfristige Weiterentwicklung der EU

34 • Politisierung und Demokratisierung der EU

35 Europaweit ist eine Entfremdung der Bevölkerung von der EU zu beobachten. Um  
36 dem zu begegnen, müssen die Parteien ihre Mittlerfunktion auf europäischer Ebene  
37 wahrnehmen. Immer mehr Lebensbereiche der Bürger werden europaweit geregelt.  
38 Europapolitik ist kein Feld für Spezialisten, sondern eine andere politische Wirkungs-  
39 ebene für alle Politikfelder, ebenso wie Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik. Die  
40 Weiterentwicklung der Union ist auf Dauer nur mit der breiten Unterstützung der eu-  
41 ropäischen Bevölkerung möglich. Die EU braucht ein starkes Parlament, das seine

**Zeile**

1 bestehende Rolle noch stärker ausfüllt als bisher, und eine durch europäische Wah-  
2 len legitimierte Europäische Kommission, deren Präsident aus dem Parlament her-  
3 vorgeht und mit einer absoluten Mehrheit gewählt wird, statt - wie bisher - von den  
4 Regierungschefs in intransparenter Weise ausgesucht zu werden. In konsequenter  
5 Anwendung des Mehrheitsprinzips müssen Mitgliedstaaten, die grundlegende Ent-  
6 scheidungen über das europäische Vertragswerk nicht ratifizieren, aufgefordert wer-  
7 den können, die EU zu verlassen, wie solches in Art. I.-60 des in der Abstimmung  
8 befindlichen Verfassungsvertrages vorgesehen ist.

9 • Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten

10 Die FDP befürwortet eine handlungsfähige, politisch immer engere Union. Es zeigt  
11 sich, dass nicht alle Mitgliedsstaaten bereit sind, diesen Weg in der gleichen Ge-  
12 schwindigkeit mitzugehen. Bereits jetzt ist die Zusammenarbeit in einzelnen Berei-  
13 chen auf einen Kern von Ländern begrenzt (Eurozone, Schengen-Raum). Anderer-  
14 seits erstreckt sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen von Gemein-  
15 schaftsabkommen über Freihandelszonen und Zollunionen und dem Binnenmarkt auf  
16 Drittländer. Eine Vertiefung der Integration soll durch die Zusammenarbeit von Län-  
17 dergruppen in geeigneter Weise ausgebaut werden.

18 Ein Fortschreiten der Integration in unterschiedlichen Geschwindigkeiten eröffnet un-  
19 terschiedliche Formen der Zusammenarbeit mit benachbarten Ländern für die eine  
20 Vollmitgliedschaft in der EU nicht in Frage kommt.

21